

Wirtschaft und Zuwanderung

Personenfreizügigkeit und Bilaterale stärken die Schweizer Wirtschaft

Die Bilanz der Wirtschaftsverbände zu den bilateralen Verträgen mit der EU ist nach zehn Jahren positiv. Die Abkommen haben der Schweiz zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand verholfen. Die Personenfreizügigkeit hat den Unternehmen ermöglicht, Wachstumschancen zu nutzen. Alle Initiativen, die auf eine Kündigung abzielen, wird die Wirtschaft konsequent bekämpfen. Zur Versachlichung der Diskussion lanciert sie einen Dialog «für eine konstruktive Zuwanderungspolitik».



Bild: Keystone/Lukas Lehmann

Plädierten an der Medienkonferenz der grossen Schweizer Wirtschaftsverbände für eine konstruktive Zuwanderungspolitik: Valentin Vogt (Mitte), Hans-Ulrich Bigler (hinten) und Pascal Gentina (vorn).

1992 hat die Schweiz den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt, zehn Jahre später konnten die Bilateralen Verträge I mit der EU in Kraft gesetzt werden. Für den Wirtschafts-Dachverband Economiesuisse, den Schweizerischen Arbeitgeberverband und den Schweizerischen Gewerbeverband ist vor allem das zweite Datum denkwürdig, denn es steht für eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte.

An einer gemeinsamen Medienkonferenz in Bern erinnerten die drei Dachverbände daran, dass es neben den Reformen der Swisslex die Bilateralen I mit der Personenfreizügigkeit waren, die die Schweiz aus der Lähmung und Stagnation der 1990er-Jahre befreiten. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist seit 2002

im Durchschnitt deutlich stärker gewachsen als in den zehn Jahren davor. Gleiches gilt für den Durchschnittslohn, die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsstandorts.

Auch ein Gewinn für die Staatsfinanzen

Economiesuisse-Direktor Pascal Gentina wies darauf hin, dass von diesem Attraktivitätszuwachs auch der Staat profitiere. Im Gegensatz zu den 1990er-Jahren seien die Staatsfinanzen heute im Lot. Gentina bedauerte, dass im Zusammenhang mit den Bilateralen heute nahezu ausschliesslich über negative Aspekte der Personenfreizügigkeit diskutiert werde. Der Vertrag ist mit

den sechs anderen untrennbar verbunden und könnte nur gemeinsam mit diesen gekündigt werden. «Gerade dieses Abkommen hat wirtschaftlich wesentlich dazu beigetragen, dass die Bilanz des bilateralen Wegs insgesamt so positiv ausfällt», betonte Gentina.

Positive Seiten überwiegen eindeutig

Für Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, ist die Öffnung des Arbeitsmarktes die grösste Errungenschaft des Abkommens. Für Unternehmen mit hohen Anteilen an ausländischem Personal, darunter auch sehr viele KMU, habe sich die Berechenbarkeit der Rahmenbedingungen damit deutlich verbessert. Besonders stark pro-

fitierten die Baubranche sowie das Hotel- und Gastgewerbe. «Nur dank diesem System kann das grosse Bedürfnis der Wirtschaft nach neuen Fachkräften befriedigt werden, was eine Grundvoraussetzung für Wachstum ist», erklärte Bigler.

Heute gehe nur zu schnell vergessen, dass das alte Kontingentsystem vor 2002 mit einem enormen Bürokratieaufwand für die KMU verbunden gewesen sei. Dies sei mit ein Grund, weshalb in einer Anfang 2012 vom Gewerbeverband publizierten Umfrage unter KMU-Führungskräften 70 Prozent für die Weiterführung der Personenfreizügigkeit votiert hätten.

Flankierende Massnahmen verhindern Missbräuche

Unbestritten ist, dass sich mit den Bilateralen I die Zuwanderung in die Schweiz stark verändert hat. Im Gegensatz zu den Jahrzehnten vor 2002 ziehen heute vor allem Bürgerinnen und Bürger aus der EU in die Schweiz. Die durchschnittliche Ausbildung der Einwanderer ist heute deutlich höher, sie erzielen bessere Einkommen und tragen auch entsprechend mehr zur Finanzierung der Sozialwerke bei.

Für Valentin Vogt, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, ist der Arbeitsmarkt in unserem Land damit eindeutig strukturell gestärkt worden. Zudem werde – so Vogt – das immer wieder heraufbeschworene Lohn- und Sozialdumping durch die flankierenden Massnahmen (FlaM) weitgehend verhindert. Zwar gebe es Missbräuche, aber: «In einer Gesamtbeurteilung muss auch berücksichtigt werden, dass die Arbeitsleistungen, bei denen solche Missbräuche vor allem vorkommen, deutlich weniger als ein Prozent des gesamten schweizerischen Arbeitsvolumens ausmachen», sagte Vogt.

Vogt forderte eine Versachlichung der öffentlichen Diskussion zur Personenfreizügigkeit. Es sei unverantwortlich, immer wieder mit plakativen und falschen Behauptungen zu operieren und damit Vorurteile und Ängste zu bewirtschaften. Nötig sei eine sachliche Auseinandersetzung mit den ökonomischen, demografischen und sozialen Fakten – auf der Basis des umfangrei-

chen Datenmaterials, das zur Verfügung stehe. Und die Fakten belegen gemäss Vogt eindeutig, dass die Personenfreizügigkeit und die Öffnung des Arbeitsmarkts zur EU für die Schweiz und die Schweizer Wirtschaft einen «klaren Gewinn» darstellen.

«Die Öffnung des Arbeitsmarkts ist die grösste Errungenschaft der bilateralen Abkommen.»

Valentin Vogt betonte dabei insbesondere folgende Punkte: Die Zuwanderung folgt der konjunkturellen Entwicklung und den Bedürfnissen der Wirtschaft und hat weder zu einer nennenswerten Verdrängung von einheimischen Arbeitnehmenden noch zu einer höheren Arbeitslosigkeit geführt. Negative Effekte auf die Löhne und ein genereller Lohndruck sind ausgeblieben. Und von einer «Einwanderung in die Sozialwerke» und einer «Plünderung» der Sozialversicherungen kann schliesslich keine Rede sein.

Dialog für eine konstruktive Zuwanderungspolitik

Aus Sicht der drei grossen Wirtschaftsverbände fallen die positiven Seiten der Personenfreizügigkeit deutlich stärker ins Gewicht als ihre störenden Begleiterscheinungen. «Die Schweiz war und ist nicht in allen Bereichen optimal auf diese dynamische Entwicklung vorbereitet», erklärte Pascal Gentinetta. Die Wirtschaft will deshalb mithelfen, für die sehr unterschiedlichen Herausforderungen konkrete Lösungen zu finden.

Keine tauglichen Lösungen bieten aus Sicht der Wirtschaft die beiden Volksinitiativen der SVP und von Ecopop zur Beschränkung von Zuwanderung und Bevölkerungswachstum. Sie setzen den erfolgreichen bilateralen Weg der Schweiz aufs Spiel, ohne eine brauchbare Alternative aufzuzeigen. Die Wirtschaftsverbände werden die Initiativen deshalb gemeinsam bekämpfen. Zu diesem Zweck wollen sie den Nutzen der Zuwanderung für die Gesellschaft noch besser aufzeigen und eine offene Diskussion über deren Folgen führen. ■ (PD/Pf.)

Kampagne der Wirtschaft für eine konstruktive Zuwanderungspolitik: Alle Informationen



Der Schweizerische Arbeitgeberverband und Economiesuisse haben eine Reihe von Kommunikationsmitteln lanciert. Dazu gehört die Informations-Plattform www.zuwanderungspolitik.ch: Hier finden Sie zahlreiche informative Faktenblätter, Studien, Umfragen sowie Kurzfilme zum Thema Zuwanderung. Auf der Website gibt es zudem einen Banner für die Verlinkung mit der Informations-Plattform.

Sie können dort auch die Broschüre «Darum braucht die Schweiz die Zuwanderung» (Bild) bestellen oder herunterladen. Sie behandelt in kurzer und leicht verständlicher Form die drängendsten Fragen zur Schweizer Migrationspolitik. In 16 Kapiteln wird auf alle wichtigen Punkte eingegangen, die in der aktuellen Zuwanderungsdebatte diskutiert werden – wie die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit, Wohnungsknappheit, Verkehrsprobleme, Integration oder Asylpolitik. Die Broschüre im A5-Format enthält auch die aktuellsten Zahlen des Bundes, Infografiken und Experten-Statements. Sie ist in den Sprachen Deutsch, Französisch und Italienisch erhältlich. ■

www.zuwanderungspolitik.ch